



# GDF-AKTUELL

NEWSLETTER DER GRUPPE DER FRAUEN DER  
CDU/CSU FRAKTION IM DEUTSCHEN BUNDESTAG

Liebe Leserin, lieber Leser,

ein spannendes und ereignisreiches Jahr neigt sich seinem Ende zu. Vor dem Jahreswechsel haben wir uns im Parlament mit wichtigen Frauenthemen befasst. So haben wir uns zum Beispiel Ende November bei einer Expertenanhörung über die Situation der Frauenhäuser in Deutschland informiert. Lesen Sie dazu den Bericht von Michaela Noll MdB auf Seite 6. Dort finden Sie außerdem einen Bericht zur Anhörung über das Familienmaßnahmenpaket.

Für unsere Rubrik „3 Fragen an...“ konnten wir für diese Ausgabe Marlies Brouwers, die neu gewählte erste Vorsitzende des Deutschen Frauenrats, gewinnen. Ihre Antworten finden Sie auf Seite 2.

Als Vorsitzende der Gruppe der Frauen möchte ich Ihnen für offene Gespräche, hilfreiche Anregungen, ein vertrauensvolles Miteinander und für eine gute Zusammenarbeit in 2008 herzlich danken und wünsche Ihnen ein erholsames und friedliches Weihnachtsfest und ein gesegnetes neues Jahr.

Ihre

*Ingrid Fischbach*

## 90 Jahre Frauenwahlrecht

Am 12. November 1918 wurde das Wahlrecht für Männer und Frauen ab dem 20. Lebensjahr in Deutschland gesetzlich verankert und am ersten Wahltag, im Januar 1919, von einer überwältigenden Mehrheit angenommen. 82 Prozent der wahlberechtigten Frauen gaben ihre Stimme ab und 37 weibliche Abgeordnete zogen ins Parlament ein. Erst zehn Jahre zuvor hatte das Reichsvereinsgesetz vom Jahre 1908 Frauen den Beitritt zu Parteien erlaubt.

Heute beträgt der Frauenanteil im Bundestag mit 197 von 612 Abgeordneten 32,2 Prozent. In der Regierung führen Frauen sechs von 14 Ministerien. Mit Angela Merkel hat Deutschland in dieser Legislaturperiode zum ersten Mal eine Frau an der Spitze der Regierung. Die Bundeskanzlerin hat diese Zeit mit ihrem erfolgreichen Führungsstil geprägt. Ihre Kanzlerschaft und die hohe Frauenquote ihrer Regierung ist ein bedeutender Schritt – und zudem auch ein Signal für alle Frauen. Mädchen und Frauen können ganz konkret erleben, dass ihnen die Möglichkeit, Politik mitgestalten zu können und verantwortungsvolle Positionen einzunehmen, offen steht.



**Marlies Brouwers**  
Vorsitzende des Deutschen Frauenrats

## 3 Fragen an... Marlies Brouwers

### 1. Was ist für Sie moderne Frauenpolitik?

Moderne Frauenpolitik bedeutet für mich gleiche Chancen für Frauen und Männer durch Überwindung von alten Rollenzuweisungen in allen Lebensbereichen und -situationen. Das beginnt bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, sowohl bei der Erziehung von Kindern als auch bei der Pflege von Familienangehörigen und meint auch einen gleichen Anteil von Frauen in Führungspositionen und Aufsichtsräten. Gleichstellung ist erst dann wirklich erreicht, wenn Männer und Frauen sich gleich achten.

### 2. Was ist für Sie moderne Familienpolitik?

Ein Beispiel für moderne Familienpolitik findet sich in dem Bestreben, Kinder nicht mehr als Störfaktor, sondern als Bereicherung zu erkennen. Daran fehlt es, solange Kindertagesstätten geschlossen werden müssen, weil Nachbarn sich gestört fühlen. Lokale Bündnisse für Familien sind ein guter Ansatz auch für mehr Verständnis, sie sind Netzwerke, die Menschen zusammenbringen und sie anregen, auch Verantwortung füreinander zu übernehmen.

### 3. Was wünschen Sie sich von der Gruppe der Frauen?

Ich wünsche mir von der Gruppe der Frauen eine engere und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Deutschen Frauenrat, damit die Stimmen von Frauen noch stärker gehört werden und in die Politik einfließen.

#### Zur Person

Marlies Brouwers wurde am 8. November zur Vorsitzenden des Deutschen Frauenrates gewählt. Nominiert wurde sie von der Arbeitsgemeinschaft der Kath. Frauenverbände und -gruppen. Sie ist Berliner Diözesanvorsitzende und Vizepräsidentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB), sowie stellv. Vorsitzende des LandesFrauenRates Berlin. Außerdem engagiert sie sich beim Familienbund der Katholiken.

Die Diplom-Ingenieurin, Jahrgang 1958, ist verheiratet, hat zwei Töchter und lebt in Berlin.



**Annette Widmann-Mauz  
MdB**

## **Gendiagnostikgesetz – eine Herausforderung an unsere ethische und medizinische Verantwortung**

Am 13. November 2008 berichtete Annette Widmann-Mauz MdB, Vorsitzende der Arbeitsgruppe Gesundheit, über den Gesetzesentwurf zur Gendiagnostik: Die Gentechnik stellt uns vor neue Herausforderungen. Gerade hier geht es nicht nur um Wissenszuwachs und eventuell mögliche neue Behandlungsformen, sondern hier müssen wir uns mit Kernfragen menschlichen Lebens auseinandersetzen. Immer mehr genetische Analysen werden von der Wissenschaft entwickelt, und umso dringlicher wird es, eine Antwort darauf zu finden, ob man alles wissen muss, was man wissen kann. Es gibt das Recht auf Nichtwissen, aber können wir tatsächlich aus unserem christlichen Grundverständnis heraus das Nichtwissen für alle zur Pflicht machen?

Das Dilemma, das gendiagnostische Maßnahmen mit sich bringen, zeigt sich bereits bei der zu treffenden Abgrenzung von prädiktiven (vorausschauenden Tests). Und ganz bedeutsam wird es bei den vorgeburtlichen, prädiktiven Tests. Wir wollen den umfassenden Schutz des ungeborenen Lebens und wir wollen, dass nicht jede Schwangerschaft als Konfliktschwangerschaft definiert wird. Denn noch oder besser zum Glück, ist das Entstehen von Leben ein positives Ereignis für Paare.

Daher ist die medizinische und ethische Verantwortung groß und dieser Leitgedanke muss in jedem Gesetzesrahmen, der die Thematik berührt, zum Tragen kommen. Einen tragfähigen Ansatz bietet das vom Bundeskabinett beschlossene Konzept für Aufklärung und Beratung bei genetischen Untersuchungen. Bei prädiktiven (voraussagenden) und vorgeburtlichen genetischen Tests soll die genetische Beratung nicht nur wie bei diagnostischen genetischen Untersuchungen als Angebot ausgestaltet sein, sondern muss als Ergänzung zur Aufklärung obligatorisch sein. Damit wird eine Kernanforderung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum wesentlichen Inhalt der neuen gesetzlichen Regelungen und es kommt zu einer Verbesserung der Situation im Bereich der pränatalen Diagnostik. Die bisherigen Regelungen sind nach Ansicht der Union unzureichend. Der vorgelegte Gesetzentwurf stellt eine deutliche Verbesserung zum Schutz des ungeborenen Lebens gegenüber dem bisherigen Rechtsstatus dar. Im Rahmen des anerkannten Rechts auf Wissen bzw. Nichtwissen wird nur auf ausdrücklichen Wunsch ein Beratungsverzicht möglich sein. Tests die nicht auf die Beeinträchtigung der Gesundheit des Fötus oder Embryos vor oder nach der Geburt abzielen (z.B. Geschlechtsbestimmungstests), werden überhaupt nicht mehr möglich sein.

Die hohe Verantwortung bei Gentest und der sensible Umgang mit den gewonnenen genetischen Daten bedarf eines umfassenden Arztvorbehalts. Nur auf dieser Basis sind Regelungen für genetische Analysen und diesen Bereich der Gesundheitsversorgung denkbar und vertretbar. Dazu gehört auch die Verankerung der Freiwilligkeit der Teilnahme an genetischen Untersuchungen und dass niemand wegen seiner genetischen Eigenschaften diskriminiert oder stigmatisiert werden darf. Eine zentrale Gendiagnostik-Kommission, die verbindliche Standards für die Aufklärung und Beratung sowie die Durchführung von Gentests erarbeitet, soll darüber hinaus eingerichtet werden.

Der Ende August von der Bundesregierung vorgelegte Entwurf eines Gesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen bietet eine vertretbare Diskussionsgrundlage für ein Thema, das uns allen unsere hohe Verantwortung vor Augen führt.

## Verdienstunterschiede zwischen Frauen und Männern noch vergrößert

Anlässlich der aktuellen Zahlen des Statistischen Bundesamts zu Verdienstunterschieden zwischen Männern und Frauen am 14. November 2008 erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Noch immer verdienen deutsche Männer durchschnittlich 23 Prozent mehr als Frauen in gleichen Positionen. Allen bisherigen Bemühungen zum Trotz hat sich in einigen Wirtschaftszweigen der Abstand von 2006 bis 2007 sogar noch vergrößert, so zum Beispiel im Bergbau, im verarbeitendem Gewerbe, im Baugewerbe, in Erziehung und Unterricht, aber auch bei der Erbringung von sonstigen öffentlichen und persönlichen Dienstleistungen.

Diese Zahlen sprechen eine deutliche Sprache: Es gilt nun, endlich Entgeltgleichheit zu schaffen, zum Beispiel durch bessere Zugangsmöglichkeiten für Frauen besonders zu Leitungspositionen. Wirksame Instrumente sind dafür nicht nur ein gesellschaftliches Umdenken, das das Vorurteil beseitigt, dass Frauen in bestimmten Positionen nicht denkbar sind, sondern auch eine Veränderung der Rahmenbedingungen, die die Koordination von Karriere und Familie möglich machen.

Dieser Bereich muss oberste Priorität haben. Die Union setzt sich daher für die Verbesserung der Kinderbetreuung und eine weitere Einbindung des Partners in die Erziehungsarbeit beispielsweise durch eine Ausweitung der sog. „Vätermonate“ beim Elterngeld ein.

## Gewalt gegen Frauen konsequent bekämpfen

Anlässlich des von den Vereinten Nationen deklarierten Internationalen Tages zur Beseitigung jeder Form von Gewalt gegen Frauen am 25. November erklärt die Vorsitzende der Gruppe der Frauen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Ingrid Fischbach MdB:

Gewalt gegen Frauen hat viele Gesichter: Frauenhandel, Zwangsprostitution, Genitalverstümmelung, Gewalt im Namen der Ehre, häusliche Gewalt. Der Internationale Tag zur Bekämpfung der Gewalt gegen Frauen ist ein guter Anlass, sich diese Probleme erneut vor Augen zu führen.

Besonders grausam ist die Situation für Frauen in den weltweiten Krisenregionen, die neben der Gefahr und den Nöten des Krieges auch noch fürchten müssen, verschleppt, vergewaltigt, misshandelt oder getötet zu werden. Noch immer wird sexuelle Gewalt auch als perfide Kriegsstrategie eingesetzt. Nach Beendigung des Konflikts in den Krisenregionen tritt dann häusliche Gewalt verstärkt auf.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen ist auch der Einsatz deutscher Streitkräfte in Afghanistan zu befürworten, ist er doch gerade zum Schutz der Frauen besonders wichtig. Frauen in Krisenregionen sind in besonderer Weise der Gefahr der Gewalt ausgesetzt. In Afghanistan droht außerdem durch ein Wiederaufleben von Macht und Einfluss der Taliban eine enorme Verschlechterung der Stellung der Frauen.

Der Gedenktag geht zurück auf die Ermordung der drei Schwestern Mirabal, die am 25. November 1960 in der Dominikanischen Republik vom militärischen Geheimdienst nach monatelanger Folter getötet wurden. Sie waren im Untergrund tätig und hatten sich an Aktivitäten gegen den tyrannischen Diktator Trujillo beteiligt. Der Mut der Mirabal-Schwester bei ihrem Kampf gegen den Tyrannen gilt inzwischen als Symbol für Frauen weltweit, die nötige Kraft für das Eintreten gegen jegliches Unrecht zu entwickeln.

## Maria Böhmer im CDU-Präsidium

Die Delegierten des 22. Parteitags der CDU Deutschlands haben am 1. Dezember 2008 der Vorsitzenden der Frauen Union der CDU ihr Vertrauen ausgesprochen und sie wieder ins Präsidium der CDU gewählt. Dort wird Maria Böhmer ihre bewährte Arbeit fortsetzen.



Unter den Beisitzern des CDU-Bundesvorstands sind die Frauen mit 46,15 Prozent vertreten. Damit stellen sie fast die Hälfte der Vorstandsmitglieder. Die starken Frauen an der Spitze der CDU sind: die Vorsitzende Angela Merkel, die stellvertretende Vorsitzende Annette Schavan, die Präsidiumsmitglieder Maria Böhmer und Ursula von der Leyen. Weitere Mitglieder im CDU-Bundesvorstand: Emine Demirbükten-Wegner, Regina van Dinker, Tanja Gönner, Regina Görner, Ursula Heinen, Maria Michalk, Godelieve Quisthoudt-Rowohl, Katherina Reiche, Dagmar Schipanski, Ingrid Sehrbrock, Erika Steinbach und Angelika Volquartz.



## Mentees zu Gast in der Bundesgeschäftsstelle

Teilnehmerinnen des Mentoring-Programms der Frauen Union der CDU Deutschlands trafen sich am 26. November 2008 in Berlin zum gemeinsamen Erfahrungsaustausch. Die Frauen kamen aus dem gesamten Bundesgebiet um einen Einblick in die Bundespolitik zu gewinnen. Dazu gehörte auch ein Besuch der FU-Bundesgeschäftsstelle.

Im Gespräch mit dem CDU Bundesgeschäftsführer Dr. Klaus Schüler und dem Team der Frauen Union wurden neben den Herausforderungen des Superwahljahres 2009 Einblicke in die Organisation und Öffentlichkeitsarbeit erörtert und vermittelt.

## Stopp für Kinderpornos im Netz!

Der Vorstoß Internet-Seiten mit kinderpornografischem Inhalt per Gesetz zu sperren, ist ein notwendiger Schritt für den Schutz von Kindern. Nur wenn es uns gelingt, den Markt für Kinderpornografie im Internet empfindlich zu stören, sind Erfolge im Kampf gegen den Missbrauch von Kindern zu erreichen.

Es ist traurig, dass bei Verbotsankündigungen von Internetseiten reflexartig immer das Argument ins Feld geführt wird, dass nationale Ansätze allein das Problem von kinderpornografischen Inhalten im Internet nicht beseitigen könnte. Das erfolgreiche Vorgehen gegen Kinderpornografie in Großbritannien und den skandinavischen Ländern beweist, dass ein nationales gesetzliches Vorgehen Wirkung zeigen kann.

Über die Internet-Provider können Zugangsblockaden installiert werden, die Internet-Seiten mit Kinderpornos sperren. In der Vergangenheit haben die Verbände der Computerindustrie leider eine freiwillige Vereinbarung zur Sperrung kinderpornografischer Internet-Seiten abgelehnt. Daher ist nunmehr eine gesetzliche Lösung erforderlich.



Michaela Noll MdB

## Zuflucht in Frauenhäusern für alle Frauen sicherstellen

Am 12. November 2008 fand die öffentliche Anhörung des Familienausschusses zur Situation von Frauenhäusern statt: Häusliche Gewalt gegen Frauen zieht sich durch alle Gesellschaftsschichten. Dieser Gewalt vorzubeugen und von Gewalt betroffenen Frauen Schutz und Hilfe zu bieten, sind Aufgaben, die der Staat wahrzunehmen hat. In Deutschland existieren mehr als 330 Frauenhäuser sowie mindestens 61 (teilweise einem Frauenhaus angegliederte) Frauenzufluchtwohnungen, die insgesamt mindestens rund 7.000 Plätze für gewaltbetroffene Frauen und deren Kinder zur Verfügung stellen.

Durch unterschiedliche Finanzierungsregelungen stehen diese Frauenhäuser jedoch häufig vor schwerwiegenden Problemen: Oft werden Häuser, in denen Frauen zum Teil mit ihren Kindern Zuflucht vor gewalttätigen Partnern finden können, aus mehreren Töpfen finanziert. So bestehen zum Beispiel bei der Aufnahme von Frauen aus anderen Kommunen Probleme dann, wenn keine Kostenübernahmeerklärungen der Herkunftskommunen - auch aus anderen Bundesländern - vorliegen. Erhalten Frauenhäuser für aufgenommene Frauen keine Kostenerstattungen, werden diese Frauen zu Selbstzahlerinnen.

Es ist daher wichtig, die Planungssicherheit durch eine durchgehende Finanzierung der Frauenhäuser sicherzustellen. Da hier keine Kompetenz des Bundes besteht, eine einheitliche Regelung zu schaffen, werden wir nach Auswertung aller Aspekte weitere Gespräche mit Ländern und Kommunen initiieren, um den erforderlichen Schutz für Frauen zu gewährleisten.

## Familienmaßnahmenpaket im Bundestag

Mit dem von der Bundesregierung vorgelegten Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Familien und haushaltsnahen Dienstleistungen hat sich der Finanzausschuss am Montag, dem 24. November 2008, in einer öffentlichen Anhörung befasst. Am 4. Dezember 2008 hat der Bundestag das Maßnahmenpaket verabschiedet.

Das Familienleistungsgesetz sieht eine Erhöhung des Kindergeldes für das erste und zweite Kind um jeweils 10 Euro auf 164 Euro vor. Für das dritte sowie für jedes weitere Kind sollen Eltern je 16 Euro mehr erhalten, also künftig 170 beziehungsweise 195 Euro. Der Kinderfreibetrag wird nach den Plänen der Regierung um 192 Euro auf 3.840 Euro angehoben. Außerdem sollen Familien Kosten für haushaltsnahe Dienstleistungen wie Babysitter oder Putzfrauen künftig leichter von der Steuer absetzen können. Schüler, deren Eltern Arbeitslosengeld II erhalten, sollen ein Schulgeld von 100 Euro bekommen, das zur Anschaffung von Schulmaterial wie Bücher, Hefte und Stifte dienen und zum Schuljahresbeginn gezahlt werden soll.

Weitere Forderungen der Union, das Schulbedarfspaket auch über die zehnte Jahrgangsstufe hinaus auszuweiten, die Schüler an allgemeinbildenden und an berufsbildenden Schulen gleichermaßen zu fördern sowie neben Harz IV Empfängern auch Familien mit geringen Einkommen zu berücksichtigen, hat die SPD nicht mitgetragen. Auch die Forderung nach einer Ausweitung der Steuerbefreiung von Leistungen von Arbeitgebern zur Unterbringung und Betreuung von Kindern ihrer Beschäftigten auf Kinder bis zum vollendeten 14. Lebensjahr wurden von der SPD abgeblockt.

## **Wettbewerb „Generationendialog in der Praxis – Bürger initiieren Nachhaltigkeit“ gestartet**

Mit dem Wettbewerb wird das vielfältige ehrenamtliche Engagement der Bürgerinnen und Bürger gewürdigt und gestärkt. Der Wettbewerb richtet sich an zivilgesellschaftliche Akteure, die sich insbesondere auf der regionalen und lokalen Ebene in generationenübergreifenden Zusammenhängen einbringen. Ziel ist es, den für die Zukunft der Bundesrepublik so wichtigen Dialog zwischen Jung und Alt vor Ort weiter voranzutreiben.

Bis zu 50 wegweisende Projekte werden prämiert, die meisten mit einem Preisgeld von bis zu 2.000 Euro. Acht besonders innovative Projekte sollen als „Leuchttürme“ mit einem Preisgeld von 2.500 Euro besonders hervorgehoben werden. Mit diesem Wettbewerb soll der Einsatz von Menschen für andere sichtbar gemacht und stärker gewürdigt werden, denn erfolgreiche Engagementpolitik fängt mit öffentlicher Anerkennung an.

Einsendeschluss ist der **15.03.2009**. Die Sieger werden Ende Mai 2009 über ihre Prämierung informiert.

*Die entsprechenden Bewerbungsunterlagen sind unter [www.bin-generationendialog.de](http://www.bin-generationendialog.de) abrufbar.*

## **Unternehmen können weitere Fördergelder für betriebliche Kitas abrufen**

Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein gesamtgesellschaftliches Thema, das neben Initiativen aus der Politik gerade auch Angebote der Unternehmer braucht. Deshalb fördert das Bundesfamilienministerium mit dem am 25. Februar 2008 gestarteten und am 1. September 2008 erweiterten Programm „Betrieblich unterstützte Kinderbetreuung“ die Schaffung zusätzlicher Betreuungsgruppen für Mitarbeiterkinder, bei Hochschulen auch für Kinder von Studierenden bis zum vollendeten dritten Lebensjahr – sei es in bestehenden oder in neuen Einrichtungen. Es wird ein Zuschuss zu den während der ersten beiden Jahre anfallenden Betriebskosten gezahlt. Insgesamt stehen bis Ende 2011 für das Programm 50 Millionen Euro aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF) zur Verfügung. Abgerufen wurden aber bisher nur 2,2 Millionen Euro.

Unternehmen und Eltern sollen darin unterstützt werden, für das gemeinsame Anliegen der Vereinbarkeit von Familie und Beruf individuelle und passgenaue Lösungen zu finden. Dies sollte auch im Interesse der Unternehmen liegen, denn Studien haben bewiesen: Familienbewusste Personalpolitik lohnt sich für Unternehmen wirtschaftlich!

Wir rufen daher Unternehmen mit Sitz in Deutschland auf, die Schaffung betrieblicher Kinderbetreuung anzugehen und die staatliche Unterstützung zu nutzen.

*Weitere Informationen unter: <http://www.erfolgsfaktor-familie.de/>*

## ZITAT DES MONATS

Bundespräsident Horst Köhler in seinem Grußwort anlässlich der Verleihung des Roland-Berger-Preises für Menschenwürde am 24.11.2008 an Somaly Mam

„Ich schäme mich, dass Männer aus unserem Land sich an der sexuellen Ausbeutung von Frauen und Kindern in aller Welt beteiligen. Es ist eine Schande, dass Frauen zur Prostitution in unser Land verschleppt werden.“

## Wir gratulieren!

- **Dorothee Bär** MdB zur Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Auswärtiges der CDU/CSU-Bundestagsfraktion -

## - TERMINVORSCHAU - DER GDF-SITZUNGEN

**Donnerstag, 22. Januar 2009, 13.15 Uhr:**  
Gespräch mit Dr. Franz Josef Jung, Bundesminister der Verteidigung, u.a. zur Situation von Frauen in Krisenregionen sowie zur Teilkonzeption „Vereinbarkeit von Familien und Dienst in den Streitkräften“

**Donnerstag, 29. Januar 2009, 13.15 Uhr:**  
Wahlkampfplanung der Gruppe der Frauen

**Donnerstag, 12. Februar 2009, 13.15 Uhr:**  
Gespräch mit Ronald Pofalla, Generalsekretär der CDU Deutschland, zu den Wahlkampfthemen 2009

## Menschenwürdepreis für Somaly Mam

Am 24. November 2008 wurde die kambodschanische Frauenrechtlerin Somaly Mam mit dem ersten mit einer Million Euro dotierten „Roland Berger Preis für Menschenwürde“ ausgezeichnet.

Menschenhandel und Sklaverei ist weltweit noch immer ein profitables Geschäft. Laut Zahlen der US-amerikanischen Regierung handelt es sich mit einem jährlichen Umsatz von 9,5 Milliarden Dollar um das weltweit zweitgrößte organisierte Verbrechen noch vor dem internationalen Drogenhandel. Opfer sind dabei in großer Zahl Frauen, die zur Prostitution gezwungen werden. Somaly Mam kennt dies aus eigener Erfahrung: Bereits in ihrer Kindheit ist sie mit der Armut konfrontiert. Im Alter von sechs Jahren verkauft ihre Familie sie an einen älteren Mann, um dessen Haushalt zu führen. Im Alter von 14 Jahren wird sie dann an ein Bordell in Phnom Penh weiter verkauft. Sie wird mehrere Jahre lang in die Kinderprostitution gezwungen. Mit der Hilfe ihres späteren Mannes kann sie der Prostitution entkommen.

Mit der Auszeichnung des Menschenrechtspreises an Somaly Mam wird nicht nur eine Frau und ihr bemerkenswerter Weg von Opfer zur Helferin unterstützt, diese Auszeichnung bewirkt außerdem, dass das Thema Frauenhandel stärker ins Blickfeld der Gesellschaft gerückt wird. Schauen wir nicht weiter dabei zu, wie im Laufe der nächsten zwölf Monate wieder zwei bis vier Millionen Frauen verkauft werden, sondern kämpfen wir gemeinsam mit Somaly Mam für eine Welt ohne Sklaverei!

## IMPRESSUM

Herausgeber  
Dr. Norbert Röttgen MdB  
Hartmut Koschyk MdB  
CDU/CSU-Bundestagsfraktion  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ingrid Fischbach MdB  
Redaktion: Miriam Rado (verantw.)  
Telefon (030) 227 58957  
Telefax (030) 227 56093  
E-Mail: [GruppederFrauen@cducsu.de](mailto:GruppederFrauen@cducsu.de)  
[www.cducsu.de/gdf](http://www.cducsu.de/gdf)